

Konjunkturbericht Sachsen

Jahresbeginn 2024

Stagnation statt Aufschwung

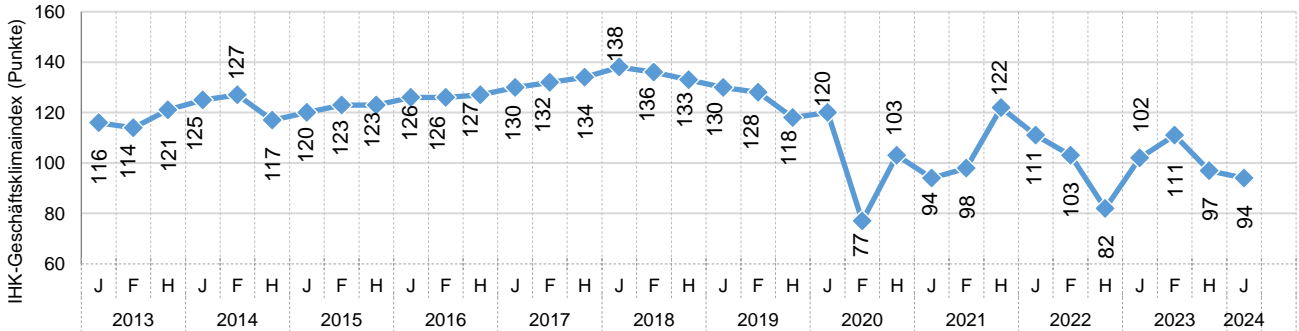


Die Sächsischen
Industrie- und Handelskammern

Sächsische Wirtschaft – Stagnation statt Aufschwung

Die sächsische Wirtschaft geht ohne Rückenwind in das Jahr 2024. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine haben sich die Rahmenbedingungen für die Unternehmen erheblich verschlechtert. Das sächsische Bruttoinlandsprodukt ist im Jahr 2023 voraussichtlich um 0,3 Prozent geschrumpft. Aktuell belasten weiterhin die enorm gestiegenen Kosten sowie die damit in engem Zusammenhang stehende Nachfrageflaute die Unternehmen. Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung sehen aber positiver aus: angesichts sinkender Inflationsraten, gestiegener Löhne und historisch hohem Beschäftigungsstand ist für die sächsische Wirtschaft ein leichtes Wachstum von 0,9 Prozent möglich.¹ Es besteht also Aussicht auf Besserung, wenngleich die Geschäftserwartungen der sächsischen Unternehmen dies bisher nicht widerspiegeln.

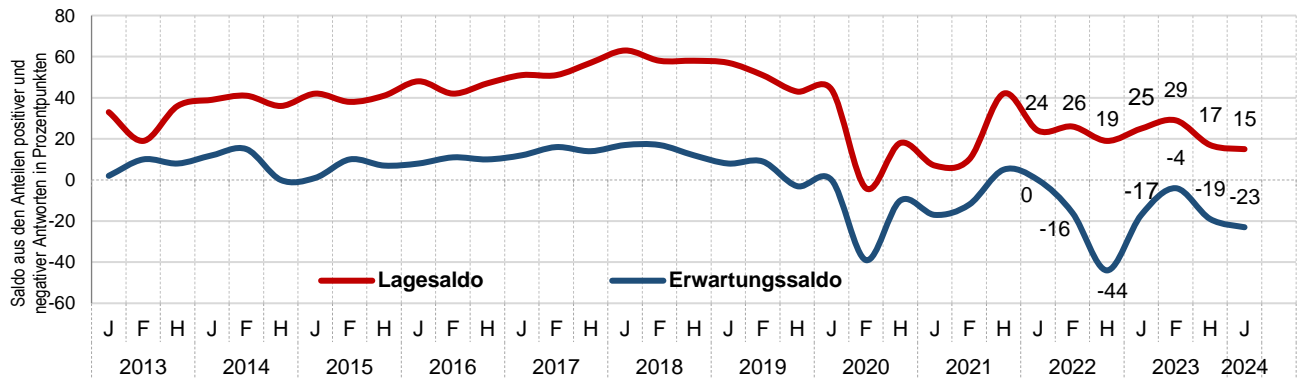
IHK-Geschäftsklimaindex für Sachsen seit 2013



Der IHK-Geschäftsklimaindex berücksichtigt gleichrangig die Beurteilungen der Unternehmen zur Geschäftslage (Lagesaldo) und zur zukünftigen Geschäftsentwicklung (Erwartungssaldo). Er wird als geometrisches Mittel der Lage- und Erwartungssalden berechnet.

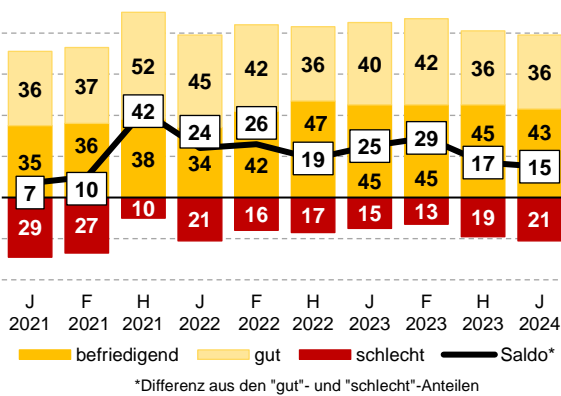
Der IHK-Geschäftsklimaindex sinkt zum dritten Mal in Folge. Zum Jahresbeginn 2023 hatte sich ein neuerlicher Aufschwung abgezeichnet. Dieser konnte sich aber aufgrund von Kostenbelastungen und Nachfrageeinbruch nicht über das Frühjahr hinweg fortsetzen. Sowohl die Lageeinschätzungen als auch die Geschäftserwartungen geben erneut nach. Dadurch sinkt der Index von 97 Punkten im Herbst 2023 auf aktuell 94 Punkte und steht damit 12 Punkte unter dem Wert vom Jahresbeginn 2023. An der Befragung beteiligten sich 1.690 Unternehmen aller Branchen mit mehr als 91.000 Beschäftigten.

Entwicklung der Lage- und Erwartungssalden der sächsischen Wirtschaft



Geschäftslage der Unternehmen

Anteil der Unternehmen in Prozent



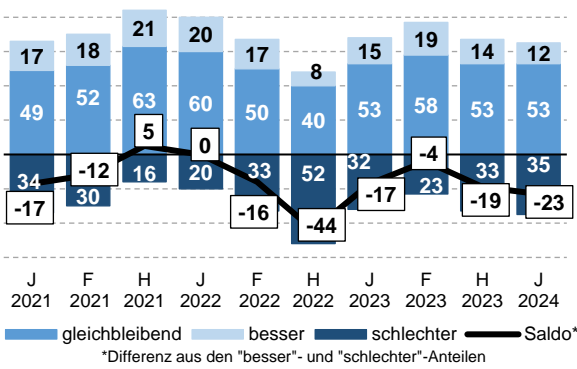
Die **Geschäftslage** der Unternehmen hat sich in den vergangenen Monaten leicht verschlechtert. Der Lagesaldo sinkt um zwei auf 15 Punkte. Angesichts sinkender Nachfrage und anhaltend hoher Kosten hat sich die Ertragslage in den Unternehmen erneut negativ entwickelt. Mit Blick auf die Wirtschaftsbereiche kann im Jahresvergleich nur das Gast- und Tourismugewerbe eine leichte Lageverbesserung melden, da der Anteil der schlechten Bewertungen leicht sank. Die Lageurteile der Dienstleistungsunternehmen stagnieren. In allen anderen Wirtschaftsbereichen liegen die Lageeinschätzungen unter den Ergebnissen vom Jahresbeginn 2023. Die größten Rückgänge gibt es in der Industrie, im Einzelhandel und bei den Baubetrieben. Nur jedes fünfte Unternehmen konnte in diesem Jahr seine Ertragsentwicklung verbessern. Im Baugewerbe (12 Prozent) und im Verkehrsgewerbe (15 Prozent) waren diese Einschätzungen am schlechtesten. Die Ertragslage der Unternehmen verbessert sich im

Vergleich zur Vorumfrage im Herbst 2023 zwar leicht um einen Punkt, im Vorjahresvergleich zeigt sich aber eine Verschlechterung um vier Punkte. Obwohl viele Unternehmen ihre Preise erhöht haben, belasten weiterhin hohe Energie-, Rohstoff- und Arbeitskosten die Erträge. Knapp die Hälfte der Unternehmen arbeitet mit Gewinn, was leicht unter dem Wert des Vorjahres liegt, welches ebenfalls von starken Kostenbelastungen geprägt war. Knapp 17 Prozent arbeiten mit Verlusten.

¹ ifo Institut München/Niederlassung Dresden (Prognose zum Bruttoinlandsprodukt 2024– BIP Dezember 2023)

Geschäftserwartungen der Unternehmen

Anteil der Unternehmen in Prozent



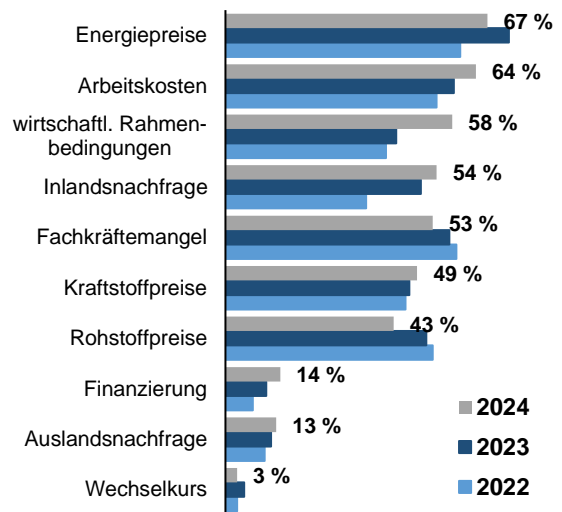
Die **Geschäftserwartungen** für die kommenden zwölf Monate nehmen eine ähnliche Entwicklung wie die Lagebewertungen. Der Saldo sinkt leicht auf nunmehr -23 Punkte. Während der Anteil der positiven Stimmen zum dritten Mal in Folge sinkt, steigt spiegelbildlich der Anteil der negativen Prognosen. Damit liegt der Saldo zwar 19 Punkte über dem Tiefpunkt vom Herbst 2022, sinkt aber ebenfalls zum dritten Mal in Folge. Bei unverändert schwierigen Rahmenbedingungen lässt dieses Ergebnis kein Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr erwarten.

Hohe Energiekosten werden die Unternehmen auch weiterhin stark belasten. Die Inflation hingegen sollte 2024 deutlich sinken, sodass die real verfügbaren Einkommen und damit der private Konsum der Haushalte zunehmen könnten.

Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung aus Sicht der Unternehmen

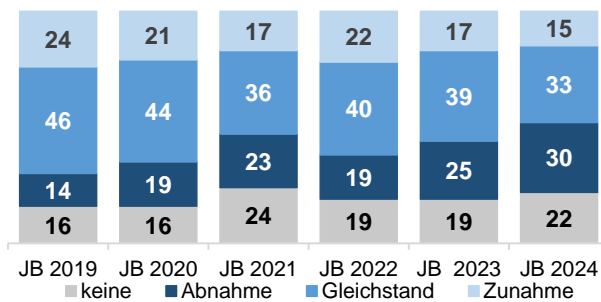
Die Energiepreise verlieren zwar mit 67 Prozent der Nennungen leicht an Bedeutung, bleiben aber nach wie vor das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko. Vor einem Jahr waren es 72 Prozent. Mit Ausnahme des Dienstleistungs- und Verkehrsgewerbes führen die Energiepreise in allen Wirtschaftsbereichen das jeweilige Risikoranking an. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Entwicklung der Arbeitskosten (64 Prozent), die insbesondere mit der neuerlichen Anhebung des flächendeckenden Mindestlohnes einen kräftigen Schub erhielten, und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (58 Prozent), deren Nennung im Vergleich zum Vorjahr einen deutlichen Sprung um 14 Prozentpunkte macht. Auch der Fachkräftemangel bleibt im unternehmerischen Alltag präsent (51 Prozent der Nennungen), wird aber seltener genannt als im Vorjahr. Die schwächelnde Nachfrage belastet die Unternehmen zunehmend – insbesondere die Inlandsnachfrage wurde häufiger genannt als im Vorjahr (aktuell 54 %). Die Auslandsnachfrage ist besonders für die Industrie ein Risikofaktor (30 Prozent der Nennungen).

Anteil der Unternehmen in Prozent (Mehrfachnennungen)



Investitionsplanungen

Anteil der Unternehmen in Prozent

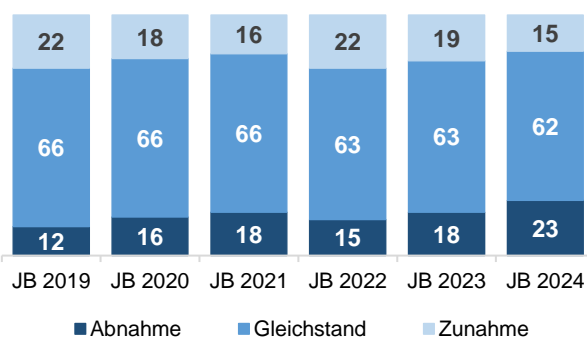


Die **Investitionsbereitschaft** in der sächsischen Wirtschaft bleibt nach wie vor schwach und hat sich gegenüber den vorherigen Umfragen kaum verändert. 15 Prozent der Unternehmen mit steigenden stehen 30 Prozent mit sinkenden Investitionsausgaben gegenüber. Der Saldo bleibt somit negativ.

Die schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmen- und Investitionsbedingungen verlängern somit den gewaltigen Investitionsstau, der sich seit Beginn der Corona-Pandemie aufgebaut hat. Dies ist insofern problematisch, da das Ausbleiben wichtiger Investitionen auf Dauer auch zu strukturellen Verwerfungen in der Gesamtwirtschaft führt. Ersatzbeschaffungen stellen mit 72 % der Nennungen das mit Abstand am häufigsten genannte Investitionsmotiv dar.

Personalplanungen

Anteil der Unternehmen in Prozent

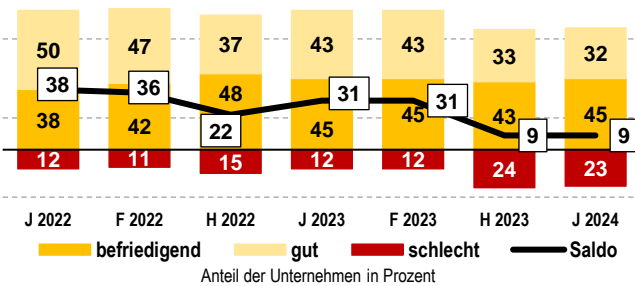


Auch die **Personalplanungen** fallen zurückhaltend aus. Aufgrund der schwachen Konjunktur und des angespannten Arbeitsmarktes gehen erneut nur 15 Prozent von einem Mitarbeiterzuwachs in den kommenden Monaten aus. Ein Viertel rechnet mit einem Personalarückgang.

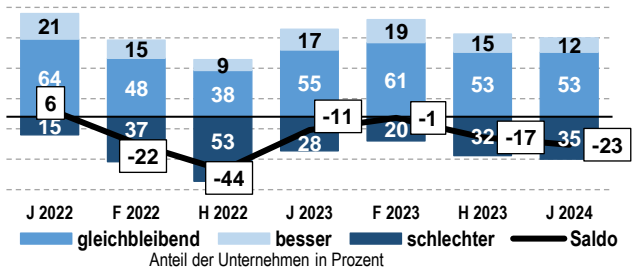
Dies ist vor allem auf den ausgeprägten Fach- und Arbeitskräftemangel zurückzuführen. Die Gewinnung neuer Arbeitskräfte gestaltet sich als ausgesprochen schwierig, so dass die Unternehmen ein großes Interesse haben, ihre Mitarbeiter zu halten. Dennoch ist in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens voraussichtlich mit einer leicht nachlassenden Beschäftigung zu rechnen. Lediglich im Dienstleistungsgewerbe sind leichte Zuwächse möglich. Die größten Beschäftigungsrückgänge sind für das Bau- und das Verkehrsgewerbe zu erwarten.

Industrie – Kostenbelastungen und Nachfrageschwäche

Geschäftslage



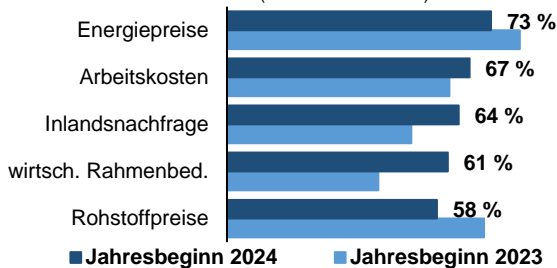
Geschäftserwartungen



In der **Industrie** hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Herbst kaum verändert. Aktuell bewertet ein Drittel der Betriebe die Lage mit gut, knapp ein Viertel hingegen mit schlecht. Der Anteil der Betriebe, die die Geschäftslage als gut bewerten, sinkt seit Jahresbeginn 2022 stetig, während die negativen Lagebewertungen sich seitdem verdoppelt haben. Der Saldo liegt mit neun Punkten 22 Punkte unter dem Vorjahresniveau. Nach wie vor belasten die hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie die Arbeitskosten die sächsischen Industriebetriebe. Hinzu kommt die zurückhaltende Nachfrage aus dem In- und zunehmend auch aus dem Ausland. Aktuell beobachtet nur jeder Zehnte steigende Auftragszahlen aus dem Inland und jeder Achte aus dem Ausland. Die Produktionskapazitäten sind deutlich weniger ausgelastet als in den letzten Jahren. Derzeit beträgt die Auslastung noch bei 36 Prozent der Unternehmen mehr als 85 Prozent. Vor zwei Jahren hatte dieser Wert noch bei 57 Prozent der Unternehmen gelegen. Der Anteil derer, deren Kapazitäten zu 70 Prozent und weniger ausgelastet sind, liegt aktuell bei einem Viertel. Vor zwei Jahren war es nur jede siebente Firma. Trotz Preissteigerungen,

TOP 5-Risikofaktoren in der Industrie

Anteil der Unternehmen in % (Mehrfachantworten)

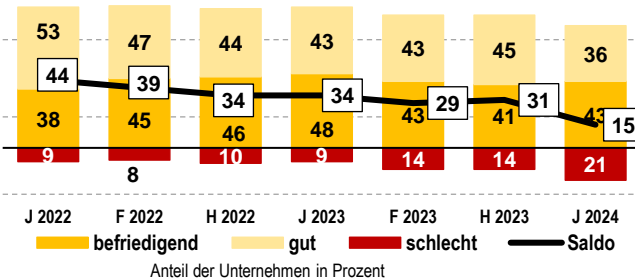


die auch die Industrieunternehmen auf ihre Kunden umgelegt haben, entwickeln sich die Umsätze negativ. Der Umsatzertrag liegt aktuell bei minus acht Punkten (-35 zum Vorjahr). Angesichts gleichzeitig weiterhin starken Kostenbelastungen haben sich die Erträge bei 42 Prozent der Befragten negativ entwickelt.

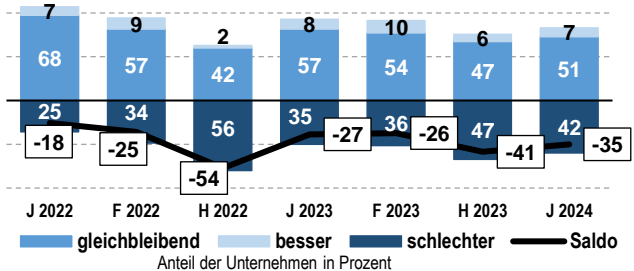
Die Geschäftserwartungen bleiben in Anbetracht der schlechteren Nachfrage negativ. Der Prognosesaldo gibt mit -23 Punkten nochmals deutlich nach. Verglichen zum Jahresbeginn 2023 geben die Umsatzerwartungen spürbar um 25 Punkte nach (aktuell -20 Punkte). Die nach wie vor zurückhaltenden Aussichten lassen insgesamt auf kein substantielles Industriewachstum schließen.

Bauindustrie – Auftragsflaute belastet

Geschäftslage



Geschäftserwartungen

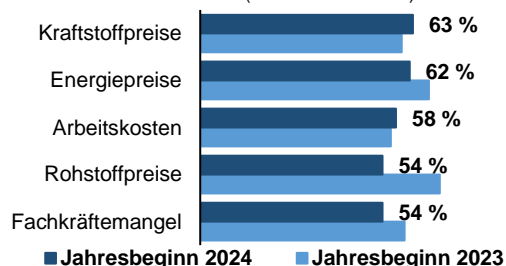


Die Geschäftslage im **Baugewerbe** hat sich nach Stagnation in den Vorumfragen nochmals deutlich verschlechtert. Der Lagesaldo liegt nunmehr bei 15 Punkten. Im Herbst 2023 hatte er noch 31 betragen. Die Kapazitäten sind weniger stark ausgelastet und auch die aktuellen Auftragseingänge stellen keine Besserung in Aussicht. Nur vier Prozent der Bauunternehmer berichten von steigenden Auftragseingängen. Der Auftragseingangssaldo erreicht damit einen Negativrekord von minus 50 Punkten. Entsprechend skeptisch fallen die Geschäftserwartungen für die kommenden Monate aus. Nur sieben Prozent rechnen mit besseren Geschäften, über die Hälfte hingegen mit weiteren Umsatzrückgängen und damit auch einer Verschlechterung ihrer Lage.

Hohe Materialpreise und Hypothekenzinsen haben den Auftragseinbruch im Wohnungsbau weiter verstärkt. Neubauprojekte in signifikantem Ausmaß sind angesichts der Meldung, dass es in Sachsen abseits von Dresden und Leipzig keinen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und im Gegenteil hohen Leerstand gibt, nicht zu erwarten. Auch Instandhaltung und Modernisierung werden häufig aufgeschoben, weil Investitionssicherheit fehlt. Auch im Wirtschaftsbau fehlen aufgrund der geringen Investitionsbereitschaft die Impulse.

TOP 5-Risikofaktoren im Baugewerbe

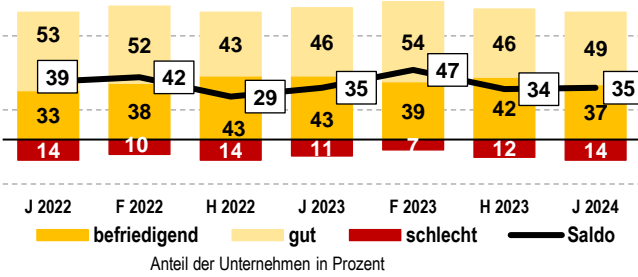
Anteil der Unternehmen in % (Mehrfachantworten)



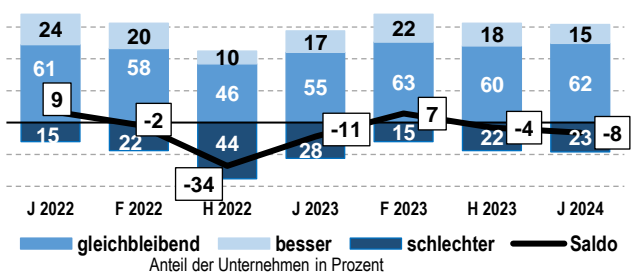
Die größten Geschäftsrisiken für die Bauunternehmen sind Kostenfaktoren. Auf den Plätzen eins bis drei der häufigsten Nennungen landen Energiepreise und Kraftstoffpreise mit jeweils gut 62 Prozent der Nennungen und die Arbeitskosten mit 58 Prozent. Rohstoffpreise und Fachkräftemangel liegen mit jeweils 54 Prozent gleichauf auf Rang vier.

• **Dienstleistungsgewerbe – Stabile Entwicklung**

Geschäftslage

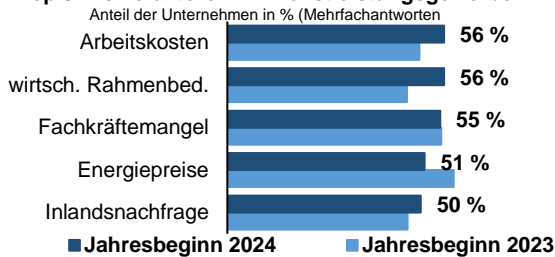


Geschäftserwartungen



Besser als in den anderen Branchen ist der Konjunkturverlauf im **Dienstleistungsgewerbe**. Der Saldo aus guten und schlechten Lagebeurteilungen steigt leicht um einen auf 35 Punkte und ist damit erneut der beste Wert aller Wirtschaftsbereiche. Fast die Hälfte der Unternehmen (49 Prozent) meldet eine gute Geschäftslage. Die meisten Dienstleister sind in geringerem Maße von den hohen Kosten bei Energie und Rohstoffen betroffen als viele andere Branchen. Mit überdurchschnittlichen Lageeinschätzungen können die Finanzdienstleister (Saldo: 40 Punkte) und der Bereich Unternehmensservice (39 Punkte) glänzen. Aber auch in den übrigen Branchensparten überwiegen die positiven Stimmen. Die Geschäftsaussichten sind im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen zwar weniger pessimistisch, stehen aber ebenfalls unter negativen Vorzeichen. Auch die Dienstleistungsbranche berichtet angesichts der verschlechterten konjunkturellen Rahmenbedingungen von rückläufigen Auftragseingängen. Der Saldo von minus 10 Punkten ist aber deutlich weniger negativ als in der Wirtschaft insgesamt (-29 Punkte). Auch die Umsatzprognosen fallen dementsprechend mit 5 Saldopunkten bescheiden aus. Der Saldo der Geschäftserwartungen ist ebenfalls negativ (-8 Punkte), aber besser als in den restlichen

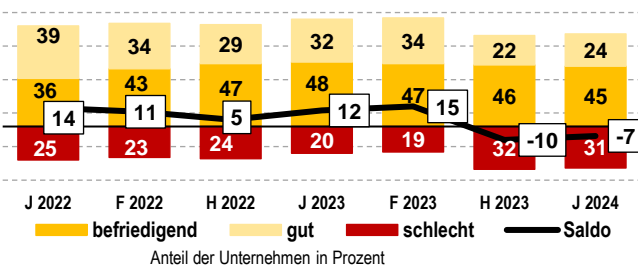
Top 5-Risikofaktoren im Dienstleistungsgewerbe



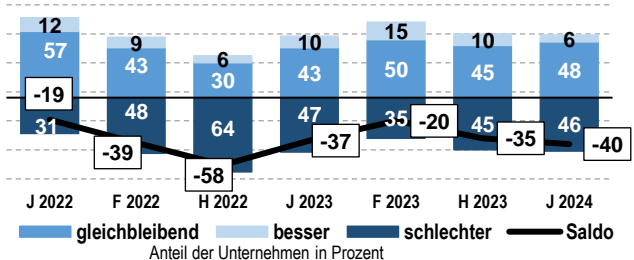
Branchen. Die Wachstumsperspektiven sind somit stark eingeschränkt. Einzig die Informations- und Kommunikationsdienstleister sowie die Finanzdienstleister sind verhalten optimistisch (Saldo: 6 bzw. 3 Punkte). Mit Blick auf die private Konsumzurückhaltung fallen die Geschäftsaussichten in der Freizeit- und Gesundheitswirtschaft am pessimistischsten aus (-30 Punkte). Der weiterhin stagnierende Wohnungsbau schlägt sich in den Geschäftserwartungen der Immobilienwirtschaft nieder (-17 Punkte). Das Dienstleistungsgewerbe ist die einzige Branche, in der mit Personalaufbau zu rechnen ist.

• **Einzelhandel – Trübe Stimmung**

Geschäftslage



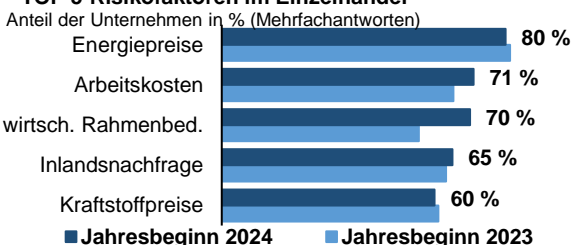
Geschäftserwartungen



Die Lage im sächsischen Einzelhandel hat sich in den vergangenen Monaten – getrieben durch die inflationsbedingte Konsumzurückhaltung – negativ entwickelt. Zwar sind im Vergleich zum Herbst dank des zufriedenstellenden Weihnachtsgeschäfts leichte Verbesserungen zu vermerken, dennoch überwiegen die negativen Lageurteile (Saldowert: -7 Punkte). 85 % der Einzelhändler bezeichnen das Kaufverhalten der Kunden aktuell als zurückhaltend. Die Ertragsentwicklung fällt im Einzelhandel (-41 Punkte) schlechter aus als im Großhandel (-22 Punkte). Angesichts des immensen Kostendrucks ist eine spürbare Entspannung der Preise im Handel nicht in Sicht. Die weiterhin hohe Inflation drückt die Konsumlaune der Verbraucher, so dass die Umsatzerwartungen sehr zurückhaltend ausfallen (Saldo: -17 Punkte). Drei Viertel der Einzelhändler halten trotz des hohen Wettbewerbsdrucks auch für das kommende Jahr einen weiteren Anstieg der Verkaufspreise für unvermeidlich, was das Inflationsrisiko weiter befeuert. Ein Viertel der Befragten plant die Zahl ihrer Mitarbeiter weiter zu reduzieren. Bereits für das vergangene Jahr berichten knapp 30 Prozent von einer gesunkenen Beschäftigtenzahl.

Die Energiepreise stellen bei den Einzelhändlern nach wie vor das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko dar. Arbeitskosten und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen folgen mit jeweils 70 Prozent der Nennungen auf Platz zwei.

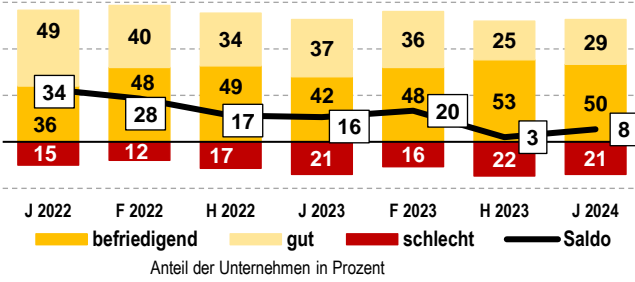
TOP 5-Risikofaktoren im Einzelhandel



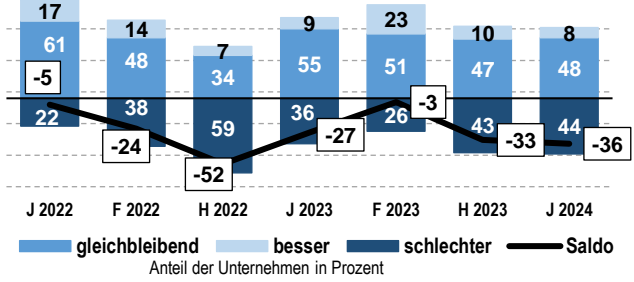
Die Geschäftserwartungen der sächsischen Einzelhändler lassen derzeit keine Entwicklung in Richtung Vor-Corona-Stand erkennen. Zwischen 30 und 50 Punkte waren für den Lagesaldo der Einzelhändler üblich, aktuell sinkt das Erwartungsbarometer zum dritten Mal in Folge und liegt nunmehr bei -40 Punkten. Nur sechs Prozent der Einzelhandelsunternehmen erwarten eine Verbesserung ihrer Lage, während 46 Prozent sogar mit einer weiteren Verschlechterung rechnen.

● **Großhandel – Hohe Kosten und geringere Nachfrage**

Geschäftslage

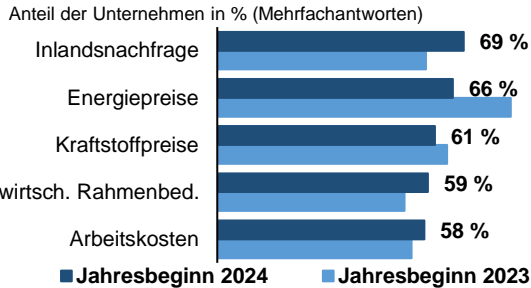


Geschäftserwartungen



Auch der sächsische Großhandel kann sich dem schwierigen konjunkturellen Umfeld nicht entziehen. Die Umsätze sind trotz gestiegener Preise rückläufig (Saldowert: -22 Punkte), wodurch bei weiter hohen Kosten auch die Ertragslage schlechter ausfällt (Ertragsentwicklung: -22 Saldopunkte). Neun von zehn Großhändlern beobachten kundenseitig ein zurückhaltendes Kaufverhalten. Angesichts des immensen Kostendrucks ist eine spürbare Entspannung der Preise im Handel nicht in Sicht. Nur jeder zehnte Großhändler rechnet mit sinkenden Verkaufspreisen. Jeder Sechste arbeitet aktuell mit Verlust. Der Anteil der Großhändler mit einer guten Lageeinschätzung steigt leicht auf aktuell 29 Prozent, eine schlechte Bewertung der Lage nehmen erneut 21 Prozent vor. Damit steigt der Saldo (8 Punkte) im Vergleich zur Herbstumfrage zwar leicht, hat sich im Vergleich zum Vorjahr aber nochmals halbiert (2022: 34 Saldopunkte, 2023: 16 Saldopunkte). Dementsprechend sind auch die Beschäftigtenzahlen rückläufig.

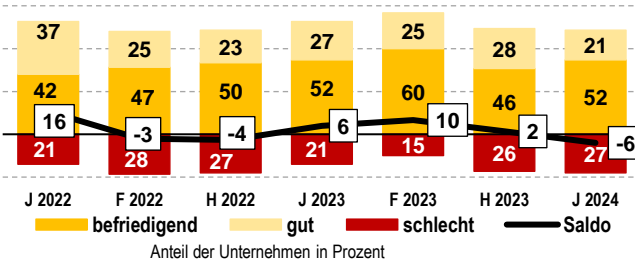
TOP 5-Risikofaktoren im Großhandel



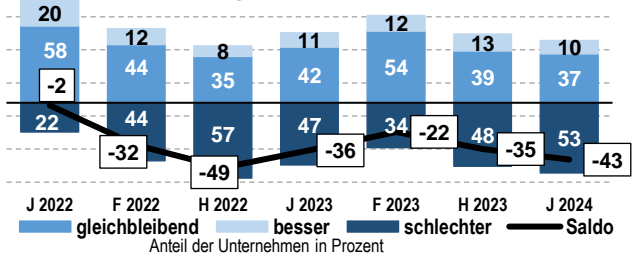
Aufgrund der allgemein schwachen Konjunkturprognosen beurteilt auch der Großhandel seine Geschäftsaussichten sehr zurückhaltend. Nur acht Prozent der Firmen rechnen mit zukünftig besseren Geschäften, während 44 Prozent von einer Verschlechterung ihrer Lage ausgehen. Der Saldo der Geschäftserwartungen liegt mit -36 Punkten zwar deutlich über dem Tiefpunkt der Herbstbefragung 2022 (-52 Punkte), jedoch erheblich unter dem schon schwachen Vorjahresergebnis (-27 Punkte). Aufgrund der gedämpften Konjunkturerwartungen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen ist mit rückläufigen Aufträgen aus dem privaten, aber auch aus den öffentlichen Bereichen zu rechnen. Das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko ist dementsprechend die Inlandsnachfrage (69 Prozent).

● **Verkehrsgewerbe – Stimmungstief durch Kostendruck**

Geschäftslage



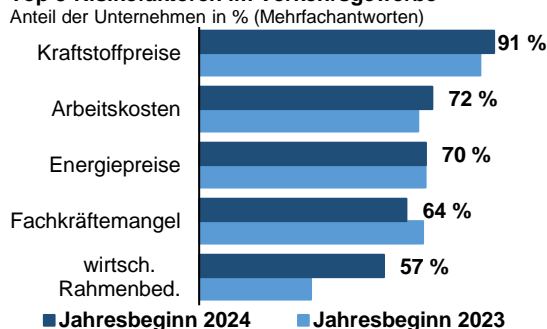
Geschäftserwartungen



Im Verkehrsgewerbe hat sich die Lage in den vergangenen Monaten leicht verschlechtert. Der Lagesaldo fällt um acht auf nunmehr minus sechs Punkte. Insbesondere der nochmals gestiegene Kostendruck durch die Mauterhöhung, die Erhöhung des CO₂-Preises und die damit weiterhin hohen Kraftstoffpreise erschweren die Ertragslage. Knapp die Hälfte der Befragten berichtet von einer negativen Ertragsentwicklung. 21 Prozent arbeiten mit Verlusten und 37 Prozent melden einen Eigenkapitalrückgang, sodass die neuerlichen Kostensteigerungen existenzbedrohend wirken.

Konjunkturelle Impulse sind kaum zu erkennen. Der Saldo der aktuellen Auftrageingänge liegt bei -46 Punkten. Nur sieben Prozent berichten von zunehmenden Aufträgen. Auch die Umsatzerwartungen bleiben skeptisch (Saldo: -34 Punkte). Entsprechend verhalten beurteilen die Verkehrsunternehmen ihre zukünftige Geschäftsentwicklung. Mit -43 Punkten ist der Prognosesaldo im Vergleich zum

Top 5-Risikofaktoren im Verkehrsgewerbe

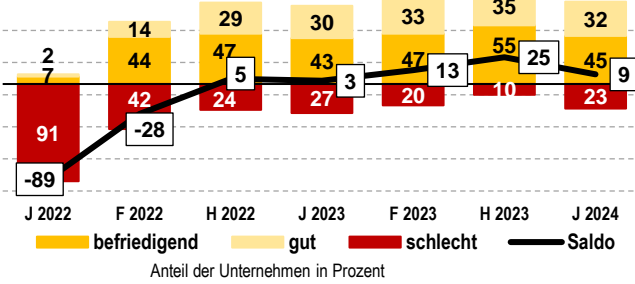


Herbst erneut um acht Punkte gesunken.

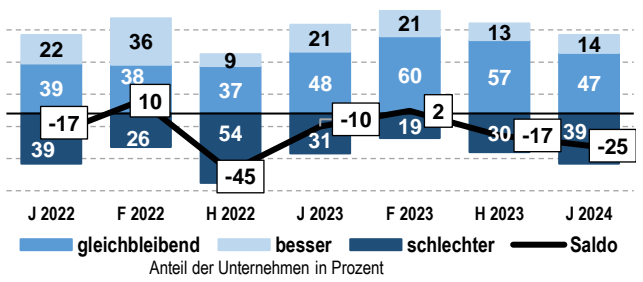
Nach wie vor sind die Kraftstoffpreise mit 91 Prozent der meistgenannte Risikofaktor der Branche. Das aktuelle Preisniveau stellt angesichts starker Schwankungen auf historisch hohem Niveau ein nur schwer kalkulierbares Kostenrisiko für die Unternehmen dar. Die Verkehrsbranche ist stark vom Fachkräftemangel betroffen. Drei von vier Befragten geben an, dass sie dadurch in ihrer Geschäftstätigkeit behindert oder stark behindert werden. Aufgrund des Kostendrucks werden – trotz Fachkräftemangel – nicht alle Unternehmen ihre Mitarbeiterzahlen halten können. 38 Prozent planen für die kommenden Monate mit weniger Personal, nur 14 Prozent mit einem Beschäftigungsaufbau.

Gast-/Tourismusgewerbe – Rückläufige Erträge

Geschäftslage



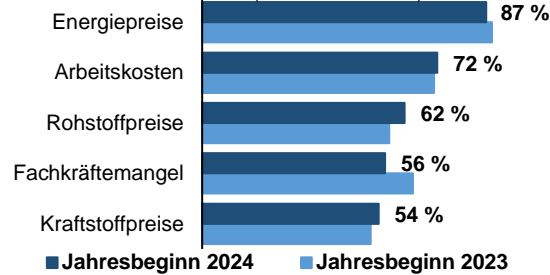
Geschäftserwartungen



Im Gastgewerbe/Tourismus hat sich die Geschäftslage ebenfalls verschlechtert, verharrt mit neun Punkten aber noch im positiven Bereich. Während die Umsatzentwicklung weiterhin positiv verlief, schmälern die gestiegenen Verkaufspreise durch das Auslaufen der Mehrwertsteuersenkung auf Speisen, die Steigerung des Mindestlohns sowie weiterhin hohe Einkaufs- und Energiepreise die Erträge vieler Betriebe. 39 Prozent der Betriebe sind von Eigenkapitalrückgängen betroffen. Viele kleine Unternehmen, deren Eigenkapital ohnehin häufig geringer ist als in anderen Wirtschaftsbereichen, sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Neben den Nachwirkungen der Corona-Krise machen den Unternehmen vor allem die hohen Kosten zu schaffen. Vielfach mussten die Betriebe bereits im vergangenen Jahr ihre Preise anpassen. Weitere Erhöhungen sind eine Gratwanderung, zumal sich parallel die reale Kaufkraft der Kunden aufgrund der hohen Inflation verringert hat.

Top 5-Risikofaktoren im Tourismusgewerbe

Anteil der Unternehmen in % (Mehrfachantworten)



Die Branche ist in besonderem Maße vom anhaltenden Fachkräftemangel betroffen. Gut zwei Drittel sehen sich dadurch in ihrem Geschäftsbetrieb behindert. Es kommt vielerorts zu einer Verringerung der Öffnungszeiten oder von Serviceangeboten. Die Personalsuche ist schwierig. Die Mehrzahl der Betriebe versucht ihre Mitarbeiterzahl konstant zu halten.

Ihre Geschäftsaussichten bewerten die Tourismusbetriebe erneut deutlich schlechter als im Vorjahr (-25 Punkte). Die Umsatzerwartungen lassen nicht auf konjunkturelle Impulse hoffen. Ein Drittel der Betriebe rechnet trotz steigender Preise mit rückläufigen Umsätzen.

Ausgewählte Daten der Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2023 und 2024

Frage	Prädikat	Anteil der Unternehmen in Prozent															
		Industrie		Bau-gewerbe		Dienst-leistungen		Einzel-handel		Groß-handel		Verkehr		Tourismus		Gesamt-wirtschaft	
		J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24	J 23	J 24
Situation zum bzw. bis zum Befragungszeitpunkt																	
Geschäfts-lage	gut	43	32	43	36	46	49	32	24	37	29	27	21	30	32	40	36
	zufrieden	45	45	48	43	43	37	48	45	42	50	52	52	43	45	45	43
	schlecht	12	23	9	21	11	14	20	31	21	21	21	27	27	23	15	21
Ertrags-entwicklung	verbessert	26	21	18	12	27	26	19	16	25	24	19	15	32	22	25	21
	gleich	37	37	50	47	38	38	33	27	34	30	36	36	26	37	37	37
	schlechter	37	42	32	41	35	36	48	57	41	46	45	49	42	41	38	42
Geschäfts-entwicklung	besser	17	12	8	7	17	15	10	6	9	8	11	10	21	14	15	12
	gleich	55	53	57	51	55	62	43	48	55	48	42	37	48	47	53	53
	schlechter	28	35	35	42	28	23	47	46	36	44	47	53	31	39	32	35
Personal-planungen	steigen	22	14	11	12	21	21	13	12	18	11	13	14	19	11	19	15
	gleich	62	60	64	56	64	67	64	62	67	62	60	48	63	70	63	62
	sinken	16	26	25	32	15	12	23	26	15	27	27	38	18	19	18	23
Umsatzerwartungen	steigen	29	19	7	9	28	27	19	14	14	14	14	17	27	23	24	20
	gleich	47	42	48	36	47	51	43	37	48	43	49	32	38	45	46	44
	sinken	24	39	45	55	25	22	38	49	38	43	37	51	35	32	30	36
Investitions-planungen	steigen	21	14	9	9	16	19	18	13	21	11	14	12	19	15	17	15
	gleich	38	37	45	35	44	39	30	22	37	24	35	25	26	27	39	33
	sinken	29	32	35	39	21	25	26	23	21	26	25	31	23	35	25	30
	keine In-vestitionen	12	17	11	17	19	17	26	42	21	39	26	32	32	23	19	22

J – Umfrage zum Jahresbeginn, F – Umfrage im Frühjahr, H – Umfrage im Herbst

Wirtschaftspolitische Forderungen

Angesichts der verhaltenen Wachstumsaussichten der sächsischen Wirtschaft richten die Sächsischen Industrie- und Handelskammern folgende Forderungen an die Politik:

Belastungsmoratorium bei Bürokratie verhängen!

Die bürokratischen Belastungen der Unternehmen haben ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr hinnehmbar ist. Die sächsischen Industrie- und Handelskammern fordern daher ein Belastungsmoratorium. Neben neuen Gesetzesvorhaben müssen auch bestehende Gesetze und Verordnungen im Rahmen von Praxis-Checks auf unnötige Belastungen geprüft und entsprechend geändert werden.

Die Empfehlungen der Schweißfurth- und Hasenpflug-Kommission aus den Jahren 2018 und 2022, des Normenkontrollrates 2021 sowie die 10 Vorschläge zum Bürokratieabbau der sächsischen IHKs aus dem Jahr 2019 sind bis dato zu großen Teilen nicht umgesetzt.

Es fehlt nach wie vor an der medienbruchfreien elektronischen Gewerbeanmeldung und -ummeldung, an der Konzentration von Baugenehmigungs-, Förder- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, aber auch an der Einführung eines einstufigen Verfahrens bei den Sonn- und Feiertagsladenöffnungen. Die Erweiterung der Prüfkompetenz des Sächsischen Normenkontrollrates wäre ein weiterer wichtiger Schritt, um im Freistaat beim Bürokratieabbau voranzukommen. Sachsen muss sich zudem auf Bundes- und EU-Ebene entschieden für einen Abbau der bürokratischen Belastungen einsetzen. Das Bürokratienteilungsgesetz muss schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden und bei Wirtschaft und Verwaltung spürbare und nachhaltige Entlastung bewirken.

Energie- und Verkehrswende an der wirtschaftlichen Realität ausrichten!

Durch die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten droht der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen brauchen bezahlbare Energieträger und Planungssicherheit. Gleiches gilt für die individuelle Mobilität und den Wirtschaftsverkehr. Die ambitionierten Ziele im Bereich Klimapolitik bedürfen einer Anpassung an die wirtschaftliche Realität. Der Strompreis - insbesondere die Netzentgelte - muss für eine erfolgreiche Energiewende deutlich fallen. Dafür sind Entlastungen bei Steuern und Abgaben bei allen gewerblichen Verbrauchern notwendig. Der Bund muss schnellstens eine Kraftwerksstrategie vorlegen, um steuerbare Erzeugungskapazitäten sicherzustellen.

Investitionsanreize setzen!

Viele sächsische Unternehmen sehen sich nach den krisengeprägten letzten Jahren mit einem Rückgang des Eigenkapitals konfrontiert. Die für die Transformation der Wirtschaft nötigen Investitionen in nachhaltige Produktionstechniken, Umweltschutz, Digitalisierung und Automatisierung bedürfen eines verlässlichen politischen Umfelds, das Rahmenbedingungen setzt, in deren Grenzen unternehmerische Freiheit und Kreativität sich entfalten können. Dafür ist beispielsweise die GRW-Förderung schnellstens zu reaktivieren und auskömmlich zu finanzieren. Das Volumen des Wachstumschancengesetzes darf angesichts Haushaltskrise und Länderblockade nicht gekürzt werden.

Fachkräftesicherung forcieren!

Der Fach- und Arbeitskräftemangel durch den demografischen Wandel macht es nötig, dass vorhandene Arbeitskräftepotenziale noch besser genutzt werden. Die bürokratischen Prozesse der Einwanderung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sind zwingend zu vereinfachen. Die quantitativ und qualitativ hochwertige Ausstattung der Jobcenter ist nötig, um Arbeitslose schnell in Beschäftigung zu bringen. Auch die Steigerung des Arbeitsvolumens pro Beschäftigten birgt hohes Potenzial. Durch bessere Kinderbetreuung mit flexiblen Öffnungszeiten der Einrichtungen, besseren Betreuungsschlüsseln und steuerlichen Anreizen für Vollzeitwerbstätigkeit kann die Teilzeitquote junger Eltern deutlich gesenkt werden. Zudem sind weitere Anreize für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer über das Renteneintrittsalter hinaus zu schaffen.

MINT-Bildung priorisieren!

Die Begeisterung für MINT-Fächer und die duale Ausbildung muss frühzeitig erfolgen. Erfolgsgeschichten basieren aktuell zu sehr auf Einzelinitiativen durch Schulen, Lehrkräfte und Unternehmen. Es bedarf einer Systematisierung auf Ministerialebene, die den Praxisbezug in den Schulen, die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen und Einblicke in die Praxis durch die stärkere Einbindung von Unternehmen zentral steuert, fest verankert und verstetigt.

HERAUSGEBER:

Industrie- und Handelskammer Chemnitz, Geschäftsbereich Standortpolitik, Straße der Nationen 25, 09111 Chemnitz, Tel.: 0371 6900-1250, Internet: www.ihk.de/chemnitz

Industrie- und Handelskammer Dresden, Geschäftsbereich Standortpolitik und Kommunikation, Langer Weg 4, 01239 Dresden, Tel.: 0351 2802-222, Internet: www.dresden.ihk.de

Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Abteilung Wirtschafts- und Bildungspolitik, Goerdelerring 5, 04109 Leipzig, Tel.: 0341 1267-1254, Internet: www.leipzig.ihk.de

Redaktionsschluss: Februar 2024

Hinweis: Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Quellenangabe